

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1927

115 (10.3.1927) Morgenausgabe

Badische Presse

und **Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung

Verbretteste Zeitung Badens

Karlsruhe, Donnerstag, den 10. März 1927.

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1,50 RM. im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1,40 RM. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM. Einzelpreise: Freitag-Nummer 10 Pf., Sonntag-Nummer 15 Pf. — Im Fall höherer Gewalt Streif Auslieferung hat der Besteller keine Ansprüche bei verbättem oder Nicht-Erhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur innerhalb bis zum 25. des Monats auf den Monatsleben angenommen werden. Anzeigenpreise: 2. Spalte 10 Pf., 3. Spalte 8 Pf., 4. Spalte 6 Pf., 5. Spalte 4 Pf. — Einmalige Anzeigen ermäßigter Preis. Kleinanzeigen 1,50 an erster Stelle. — Die Beibehaltung tariflicher Anzeigen bei Nichterhaltung des Stückes bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konturien, außer Kraft tritt Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Druck und Verlag von: **Ferdinand Schöner**,
Chefredakteur: **Dr. Walter Schneider**,
Redaktionsrat: **Dr. G. Weimer**, für auswärtige Politik;
Dr. W. Göhr, für badische Politik;
Dr. G. Soliman, für kommunalpolitisch;
Dr. H. Müller, für soziale und Sport;
Dr. H. Goldberger, für das Neuland;
Dr. G. Belzer, für Ober und Unter;
Druck: **Dr. G. Weimer**, für den Druck;
Druck: **Dr. G. Weimer**, für die Anzeigen;
Dr. H. Müller, alle in Karlsruhe;
Berliner Redaktion: **Dr. Kurt Metzger**,
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054
Geschäftsstelle: **Sträßel** und **Pam-**
straße 10. Postcheckkonto: **Karlsruhe**
Nr. 8359. Beilagen: **Poll** und
Reimat / **Literarische Umschau** / **Roman** /
Blatt / **Sportblatt** / **Frucht-Zeitung** /
Wandern und Reisen / **Saus** und
Garten / **Karlsruher Verkehrs-Zeitung**.

Deutsch-polnische Einigung in Genf.

Chamberlains Erfolg.

Jaleski bei Stresemann. — Doch noch Aufrollung der Wessfrage?

(Drahtmeldung unseres nach Genf entsandten Chefredakteurs.)

Dr. W. Sch. Genf, 9. März.

Als heute mittag der deutsche Reichsaussenminister mit seinem Privatsekretär nichts ahnend durch das Vestibül des Völkerbundhauses ging, fühlte er sich plötzlich sanft am Arm gefaßt und irgendwohin gedrängt, und ehe er recht zur Befinnung kam, sah er sich vor einem lachend knifenden Photographen, zu seinen beiden Seiten die Minister Briand und Jaleski. Der findige Photograph hatte die beiden des Tages im Voraus in eigenartiger Zusammenstellung festgehalten. Stresemann meinte nachher, daß er sich die Ueberführung zu diesem Bild schon vorstellen könne und machte seinem Privatsekretär scherzend den Vorwurf, daß er als ein tüchtiger Sekretär eigentlich dafür sorgen müsse, daß wenigstens noch ein weiterer ausländischer Minister auf die Platte gekommen wäre, damit das Ganze harmloser aussehe.

Die beiden Minister, in deren Umrahmung Stresemann schon am Vormittag photographiert wurde, trafen heute nachmittag nach einander im Metropol zu Unterhaltungen mit Stresemann ein. Punkt 5 Uhr erschien die jugendlich kräftige Gestalt des Polen, der in gar nichts an seine Nationalität, eher an den niederländischen friedlichen Menschenstyp erinnert, im Vestibül des Metropol. Als 1/2 Stunden später Briand kam, war es zunächst nur um die Tatsache der vollzogenen Annäherung festzustellen und zu hören, daß

die östliche Angelegenheit, soweit sie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen betrifft, im wesentlichen ins Reine gebracht

war. Man hatte aber auch wirklich bis zum letzten Augenblick mit allen Kräften diesem Ergebnis vorgearbeitet. Herr Jaleski soll bestem Vernehmen nach vor seinem Besuch bei Stresemann noch einmal von Chamberlain in die Länge genommen und gewissermaßen direkt von Chamberlain zu Stresemann geführt worden sein. Man nehme nun die Reihenfolge der hier stattgefundenen Unterhaltungen und das heutige Kommuniké zusammen, und es kann kein Zweifel mehr sein, daß

Chamberlain mit einem ganz bestimmten Ziel, bestimmt durch Englands russische und sonstige östliche Sorgen, hieher gekommen

ist und daß es seinen Bemühungen wirklich gelungen ist, durch die nun erfolgte wirtschaftspolitische Annäherung zwischen Deutschland und Polen zu erreichen, was er hier überhaupt erreichen wollte und konnte. Die Reihenfolge der Unterredungen: Chamberlain zu Briand, Jaleski zu Briand, Stresemann zu Chamberlain, Jaleski zu Chamberlain und dann endlich erst die direkt Beteiligten Stresemann und Jaleski.

Die amtliche Mitteilung

Beit die Einigung dieser beiden Unterhändler bis auf gemeinsame konkrete Vorschläge fest. Sie heißt im Wortlaut:

„Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann empfing heute den polnischen Außenminister Jaleski und hatte mit ihm eine Unterredung, in der insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Gegenstand der Besprechungen waren. Aus Grund dieser Unterredung werden die beiden Außenminister ihren Kabinetten Vorschläge machen, von denen sie eine Befreiung der gegenseitig bestehenden Schwierigkeiten erhoffen.“

Wenn nicht Herr Jaleski noch Gelegenheit nimmt, nach seiner Rückkehr ins Hotel dort Mitteilungen über die Einzelheiten der zustande gekommenen Vereinbarung zu machen, so ist nicht damit zu rechnen, daß heute noch Mitteilungen darüber zu erhalten sind, denn der deutsche Außenminister hat für heute abend die Mitglieder des Völkerbundrates zu einem Diner in sein Hotel gebeten, und bis zum Beginn dieses Diners ist er durch die Unterhaltung mit Briand festgehalten. Ebenso bleibt es nur Vermutungen überlassen, ob nach der nunmehr im wesentlichen erfolgten Erledigung der östlichen Angelegenheit in den wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen Metropol und Les Bergues nunmehr doch noch einmal auf die westliche Frage zurückgegriffen wird.

„Kein Ost-Locarno“.

Das Einzige, was der deutsche Außenminister über den Verlauf des heutigen Nachmittags andeuten konnte, waren drei scherzhaft kühnere Worte, die er auf dem Wege vom Fahrstuhl zum Empfang seiner Gäste einem Kollegen und mir zurief und die so aufgefaßt werden konnten, daß das Sprechen von einem „Ost-Locarno“ eine Übertreibung bedeuten würde. Auf der anderen Seite hatte Briand, weil er es aus Gesundheitsrücksichten immer und grundsätzlich ablehnt, zu abendlichen Dinern zu gehen, Zeit, sich mit seinen Journalisten zu unterhalten. Als das Wesentliche von dem, was er sagte, möchten wir keine Bemerkung anführen, in der er auf die Bedeutung des Völkerbundrates hinwies, dessen Zusammensein die heute zustande gekommene „große Tatsache“ bewirkt habe, daß Deutschland und Polen den Kontakt wieder gewonnen hätten. Daß er in diesem Zusammenhang nachmals festzustellen suchte, daß die Annäherung Polens im Rat sich gerade diesmal als sehr wichtig herausgestellt habe ist von seinem Standpunkt aus nur zu verständlich. Was die Einzelheiten der Vorschläge betrifft, die der deutsche und der polnische Außenminister ihren Kabinetten unterbreiten wollen, so läßt sich darüber nur auf Grund indirekter Informa-

tionen etwas sagen. Es sollen die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Die Ausweisungssfrage wird vielleicht so erledigt werden, daß die letzten vier Ausweisungen zwar bestehen bleiben, daß aber Polen auf jede weitere Ausweisung verzichtet. Die Niederlassungsfrage würde im Rahmen der Handelsvertragsverhandlungen ihre Erledigung finden. Was die oberste politische Schulfrage betrifft, so brauchen sich die Minister damit nicht im Einzelnen zu befassen, weil ja das Haager Schiedsgericht zu Hilfe genommen werden soll. Hiergegen scheinen sich sonderbarerweise noch französische Widerstände geltend zu machen. Es scheint nichts darüber vereinbart zu sein, wie im Einzelnen die wirtschaftspolitische Position in den abgebrochenen Verhandlungen bei ihrer Wiederaufnahme verändert werden soll. Auf keiner Seite sind klar fahrbare Konzessionen gemacht worden. Man hat sich also nur darüber geeinigt, daß man die Dinge anders als bisher und in vorzüglicherem Geiste neu anfaßen will, mit anderen Worten: es ist

doch so etwas wie eine östliche Thoiry-Stimmung geschaffen und Chamberlain hat sein Ziel insofern erreicht, als er die Sachlage in die Polen gegenüber seinem westlichen Nachbarn geteilt war, erleichtert hat, daß damit Polen im Osten freier und der Druck auf Rußland weiter verstärkt wird. Daß Chamberlains russische Einkreisungspolitik so weit gehen würde, daß er etwa von Deutschland eine aktive Mitwirkung verlangt hätte, das war natürlich nicht anzunehmen; aber

eine westpolitisch doch zunächst sehr deutlich erscheinende Umgruppierung der Kräfte im Sinne eines verstärkten Druckes auf Rußland

hat er nun doch erreicht. Allerdings dürften die Zweifel nur allzu berechtigt sein, das angesichts des Fehlens jeder endgültigen Ver-

einbarung im Einzelnen die heute geschaffene östliche Thoiry-Stimmung ebenso im Sand versickern kann wie die Hoffnungen, die sich an jenes ursprüngliche deutsch-französische Thoiry knüpften. Vielleicht braucht man das in diesem Fall nicht allzu tragisch zu nehmen, weil es in anderen Fall nur angestrengtester und geschicktester deutscher Diplomatie gelingen kann, die stimmungsmäßige und praktische Auswirkung des Rapallo-Vertrags und des letzten Berliner Vertrags aufrecht zu erhalten, woran uns doch immerhin einiges gelegen sein muß.

Die provisorische Verständigung Stresemann-Jaleski, die wohl die für Deutschland und die Westpolitik bedeutsamste Angelegenheit dieser Genfer Zusammenkunft darstellen dürfte, erlaubt einen Wechsel des politischen Themas in der Unterhaltung Briand — Stresemann. In dieser Unterhaltung dürfte die Saatzfrage die Hauptrolle gespielt haben. Briand war in Beziehung hierauf zwar sehr optimistisch und meinte, daß man sich hierüber wohl in wenigen Stunden einigen könnte. Man wird sehen ...

Rakowski in Paris.

F.H. Paris, 9. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der russische Botschafter Rakowski traf bereits heute früh in Paris ein. Heute abend war er noch nicht im Quai d'Orsay erschienen, man nimmt aber an, daß die frühere Rückkehr Rakowskis mit den Genfer Verhandlungen Chamberlains in Zusammenhang stehe.

Japan für die Flottenabrüstungskonferenz.

v.D. London, 9. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Einem Tokioer Telegramm zufolge hat Japan die Einladung des Präsidenten Coolidge zur Abrüstungskonferenz angenommen.

Die innenpolitischen Probleme

Nolgesetz, Aufwertung und Finanzausgleich.

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien.

m. Berlin, 9. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichstag hat am Mittwoch seine Beratungen wieder aufgenommen und sieht sich gleich wieder in der kurzen Zeit bis Ostern einer Fülle schweriger Probleme gegenüber. Die Fraktionen haben ebenfalls alle Hände voll zu tun, um die verschiedenen Besprechungen der Ausschüsse und Unterausschüsse beschließen zu können und gleichzeitig auch ihren Vertretern die erforderlichen Instruktionen zu geben. So hat der interfraktionelle Ausschuß über das Arbeitszeitnotgesetz nicht weniger als dreimal am Mittwoch getagt, während ebenfalls über Branntweinmonopol, Jüdenholzmonopol und den Finanzausgleich die Aufwertungsfrage besprochen wurde. Unter diesen Umständen hatte das Plenum eigentlich nur mehr dekorative Bedeutung. Die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums wurde fortgesetzt und damit den Parteien Gelegenheit gegeben, ihr gutes Herz zur Lösung der sozialen Frage zu bekunden.

Damit war auch der Rahmen gegeben für die schwierige Behandlung des Arbeitszeitnotgesetzes. Vor der Pause sind die Regierungsparteien ihre darin nicht näher gekommen. Der Versuch, eine Verständigung herbeizuführen, scheiterte. Man erwartete damals, daß vielleicht die Pause die Schwierigkeiten beseitigen würde. Tatsächlich ist aber bisher das Gegenteil eingetreten, weil die christlichen Gewerkschaften befürchten, daß ihnen unter der Agitation der Sozialdemokraten ihre Mitglieder weglaufen. Sie verlangen deshalb nach wie vor eine Bezahlung aller Ueberstunden, eine Konzession, die die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ihnen nicht machen wollen. Um aber zu verhindern, daß ihnen von außen her in die Verhandlungen hineingefunkt wird, haben die Fraktionen sich über den Gang und die Entwicklung der Verhandlungen gegenseitig strengste Verschwiegenheit zugesichert und bisher auch gehalten.

Die gleiche Abmachung ist bei den einleitenden Besprechungen über die Aufwertung getroffen. Hier liegen die Dinge so, daß der Aufwertungsausschuß des Reichstages am Donnerstag die etwa 30 vorliegenden Anträge zur Abänderung des Aufwertungsgesetzes beraten will, daß gleichzeitig aber auch im Reichsinnenministerium der neue Antrag der Aufwertungs Freunde auf Durchführung des Volksbegehrens zur Entscheidung steht. Die Regierung hat nunmehr den Versuch gemacht, eine Vereinbarung zwischen den Regierungs-

parteien herbeizuführen, damit von Anfang an in den Verhandlungen des Ausschusses eine feste Mehrheit vorhanden ist. Das ist vorläufig noch nicht gelungen, wird auch bei den auseinanderstrebenden Interessen nicht ganz leicht sein. Einverständnis herrscht auf allen Seiten nur darüber, daß an den Grundlagen der ganzen Aufwertungsgelehrgebung nicht getüfelt werden darf. Ebenso besteht aber Verständnis dafür, daß in der Aufwertungsgelehrgebung mancherlei Ueberreifes geschehen ist und daß der Versuch gemacht werden soll und muß, im Rahmen des Möglichen Unbilligkeiten und Härten, die sich gerade auf sozialem Gebiet gezeigt haben, auszumergen. Ueber den Umfang dieser möglichen Abänderung gehen allerdings vorläufig die Meinungen noch sehr weit auseinander, und es scheint nicht, als ob die Lösung dieser Frage vor den Osterferien erzielt werden kann.

In einem gewissen Zusammenhang damit steht schließlich auch der Finanzausgleich, über den am Mittwoch abend eine Besprechung bei dem Reichsfinanzminister Dr. Schäfer stattfand. Aufwertung, Hauszinssteuer, Realsteuer sind ja schließlich nicht jedes ein Ding für sich, sondern sie greifen in der ganzen Steuergelehrgebung wie Glieder einer Kette ineinander. Es wäre so vielleicht gut gewesen, wenn man den ganzen Komplex einheitlich zusammengefaßt und geregelt hätte. Dazu ist aber schon heute der Augenblick verpaßt. Jedenfalls aber muß bei einer Sonderregelung auf die gegenseitige Verflechtung Rücksicht genommen werden. Das gilt vornehmlich für die Verwertung der neuen Mittel aus der Hauszinssteuer, das gilt auch für die von Reich wegen beabsichtigte Senkung der Realsteuern, gilt letzten Endes wohl auch für den Finanzausgleich im allgemeinen. Der Finanzminister möchte das gegenwärtig laufende Provisorium wenigstens als Provisorium für zwei Jahre verlängern, weil er darauf hinweist, daß die nötigen Unterlagen für die Aufstellung eines endgültigen Finanzausgleichs noch nicht vorliegen, daß außerdem vor dieser Frist die Gestaltung der Reparationslasten sich kaum übersehen läßt, während aus dem Reichstag heraus der Wunsch geltend gemacht worden ist, möglichst rasch zu einem endgültigen Finanzausgleich zu kommen und deshalb das Provisorium nur um ein Jahr zu verlängern, damit dadurch Reichstag und Regierung unter Druck gestellt werden, bis zum 1. Juli nächsten Jahres den Finanzausgleich in Ordnung zu bringen.

Hier hinein spielen auch noch die schwierigeren Fragen der Ansprüche, die von den Ländern gestellt werden. Der bayerische Finanzminister ist bereits in Berlin eingetroffen, um mit dem Reichsfinanzminister zu verhandeln, jedoch es auch in dieser Frage nicht ganz so einfach sein wird, die auseinanderstrebenden Meinungen unter einen Hut zu bringen.

Die Opfer des Erdbebens in Japan.

(Eigener Aabeldienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. Tokio, 9. März. Ein heftiger Sturm und unablässiger Regen machen das Leben der Frühlinge aus dem Erdbebengebiet zur Hölle. Die in Eile errichteten Notshütten wurden größtenteils durch den Sturm wieder zerstört. In den Städten müssen die Rettungsmannschaften die Leichen wegen Seuchengefahr in den Straßen an Ort und Stelle verbrennen. Es herrscht überall Mangel an Ärzten und Pflegerinnen. Der Kaiser hat 50 000 Yen zur Linderung der ersten Not gestiftet.

v.D. London, 9. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Den letzten hier in maßgebenden Kreisen bekannt gewordenen Angaben über das Erdbeben in Japan zufolge sind 2275 Personen getötet, 3441 verletzt worden. 3606 Häuser sind abgebrannt und weitere 3296 sind durch das Erdbeben selbst vernichtet worden.

Die Lage in China.

(Eigener Aabeldienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. Schanghai, 9. März. Auf die Nachricht, daß die nationalen Armeen einen konzentrierten Angriff von drei Punkten aus auf die drei Hauptstadien der Nordtruppen planen, hat General Tchang Tchang Tchang Verstärkungen aus dem Norden beordert. Er will mit diesen Verstärkungen den Plan der Kantonesen zu vereiteln suchen.

In Wuhu drangen die Volksmassen in das Zollgebäude ein und plünderten. Die Frauen und Kinder der Fremden sind nach Schanghai geschickt worden. In Schanghai hat die chinesische Polizei eine Kazzia auf die Commercials Press, das größte chinesische Druckereunternehmen, veranfaßt. Sie sollte sich im Besitz von Informationen über einen zweiten geplanten Angriff der Polizeistationen im internationalen Settlement seitens der kantonesisch gesinnten Zivilisten befinden.

Die sozialpolitische Debatte im Reichstag.

* Berlin, 9. März. (Funkpruch.) Vizepräsident Graef...

Der Abgeordnete Graf Bernstorff (Dem.) wird zur Teilnahme an den Kommissionsverhandlungen in Genf auf fünf Wochen beurlaubt.

Hg. Lambach (Dnt.) weist darauf hin, daß die Fragen der Sozialpolitik gegenwärtig besonders im Vordergrund stehen.

Hg. Grottel (Dem.) betont, daß die Rationalisierung gut vorwärts gekommen sei.

Hg. Beier-Dresden (Wirtschaftliche Vereinigung) warnt vor einer Ueberbepannung der Sozialpolitik.

Hg. Schwarzer (Bant. Volksp.) erwidert, daß auch unter der neuen Regierung die Sozialpolitik nicht zu kurz kommen werde.

Der Minister sei derselbe geblieben, wie unter der alten Koalition. Die Arbeitslosenversicherung und die Erhöhung der Invalidenrenten seien Forderungen aller Parteien.

Die Ueberlastung der Reichsfinanzverwaltung

Dr. Köhler vor dem Haushaltsausschuß.

* Berlin, 9. März. (Funkpruch.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute die Etatsberatung des Reichsfinanzministeriums.

Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte Reichsfinanzminister Dr. Köhler mit Bestimmtheit fest, daß die von ihm zur Arbeitsbewältigung der Reichsfinanzverwaltung geforderten Reueinstellungen von Beamten im Ausmaß günstig aufgenommen worden seien.

Zuckersteuer und Branntweinmonopol im Reichswirtschaftsrat.

* Berlin, 9. März. (Funkpruch.) Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelten heute den Entwurf eines Gesetzes über Änderungen des Zuckersteuergesetzes und des Gesetzes über das Branntweinmonopol.

ernste Nachteile für die deutsche Landwirtschaft und den Zuckermarkt verursacht. Der wirtschafts- und der finanzpolitische Ausschuß stimmten diesen Beschlüssen des Arbeitsausschusses zu.

Das Befinden des Reichstagspräsidenten Loebe.

* Berlin, 9. März. (Funkpruch.) Das Befinden des Reichstagspräsidenten Loebe ist weiterhin befriedigend.

Stranders zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt

F.H. Paris, 9. März. (Deutliche Meldung unseres Berichterstatters.) Der frühere englische Hauptmann Vivian Stranders, der wegen Spionage zugunsten Deutschlands angeklagt war, wurde heute zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe verurteilt.

Der Jürgens-Prozess.

* Berlin, 9. März. (Funkpruch.) Im Jürgens-Prozess fürte heute Justizrat Dr. Wertzhauser als Verteidiger aus, daß es außer der Staatsanwaltschaft wohl niemand gebe, der einen Einbruch in die Jürgens'sche Wohnung für unmöglich gehalten habe.

Schwerer Unfall auf der Seche „Mannover“

U. Dortmund, 9. März. Heute vormittag ist auf der Seche „Mannover“ ein Bergmann durch Steinfall tödlich verunglückt.

Das Großflugzeug auf dem Flug nach Italien

U. Berlin, 9. März. Wie die Wäiter aus Wien melden, ist das deutsche Janters-Großflugzeug G. 31 um 1 Uhr nachmittags seinen Propagandaflug nach Venedig, bezw. Rom fortgesetzt.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Donnerstag, den 10. März.

- Landes-Theater: Die letzten Weiber von Windsor, 7 1/2-10 1/2 Uhr.
Kaiserhaus: Dritter Deutscher Abend: Gedächtnisfeier zur Erinnerung an den Geburtstag der Königin Luise von Preußen, 8 Uhr.

Ueber Rhythmik und Vortrag der Jazzmusik.

Von Paul Bernhard.

Im Desphn-Berlag (München) ist soeben ein Buch von Paul Bernhard: „Das, eine musikalische Betrachtung“, erschienen, die sich mit der jetzigen Frage des Jazz und seiner künstlerischen Bedeutung beschäftigt.

Der tiefere Anlaß zur Besprechung der Blasinstrumente, wie sie in der Jazz-Musik zu finden sind, liegt in den immer konsequenter sich auswirkenden psychologischen Fundamenten des Jazz.

Hat sich das klassische Bild der Jazzband in kurzer Zeitspanne nach der Seite der rhythmischen Verstärkung durch Vermehrung der Bläser verdichtet, so ist insofern ein Ausgleich der funktionellen Werte zu beobachten, als das Schlagzeug in den Hintergrund tritt.

Wie sehr die Methode und die Erscheinung der neuen Jazzband sich von allen bisherigen Musikvereinigungen in Europa unterscheiden, in welchem Grade ein neues Musikgefühl widerspiegelt, geht

Der Jazzband-Leiter besieht die neuen Stücke jeweils von den Newjorkern her. Aber bevor er die Pianostimme durchfährt, zerreißt er ungewöhlich die Instrumentalstimmen und wirft sie weg.

Die ungebildeten Jazzbands - und dazu gehören noch 99 von 100 in Europa - sind freilich auf diese Stimmen angewiesen. Das Resultat für den Tänzer eine leidlich brauchbare Musik, nicht besser als die frühere Tanzmusik, ausgeführt von zufällig zusammengekommenen Musikanten zweiten und dritten Grades.

Erfurt und die Kritik. Die soeben erschienene Nummer 20 der „Mitteilungen“ des „Verbandes Deutscher Musikritiker“ enthält u. a. einen „Offenen Brief an den Magistrat der Stadt Erfurt“.

Kunstdezernent einem Musikritiker die zuviel jahrelang gewährten Anstellungen der Stadt plötzlich entzogen hat, weil dieser Kritiker die Ernennung eines im ersten Engagement tätigen, 27jährigen Kapellmeisters zum Generalmusikdirektor alsbald glosiert hat.

Zürcher Erinnerungen. Auf Einladung des Badischen Kunstvereins sprach Prof. Ernst Würtenberger von der Landesmusikschule über seine „Zürcher Erinnerungen“.

So war es denn in der Tat. Und zwar im doppelten Sinne. Einmal fällt die Entwicklung der Stadt Zürich als Kunststadt in diese Zeit; zum anderen hatte Würtenberger zu seinen Zeitgenossen, die damals in Zürich lebten, die besten Beziehungen. Gewiß haben solche persönlichen Erinnerungen immer mehr anekdotischen Charakter; man erzählt private Züge aus dem Leben bekannter Menschen.

Oberreg.-Rat Fehsenmeier.

Heute vollendet Oberregierungsrat August Fehsenmeier in Karlsruhe sein 60. Lebensjahr. Wenn es uns in Baden seit Kriegsende gelungen ist, unsere durch den Krieg arg dezimierte Viehzucht wieder einigermaßen in die Höhe zu bringen, so ist das nicht zuletzt seiner unermüdbaren Arbeit, seinem sachverständigen Rat und seinem ausgeprägten Organisationstalent zu danken.

Nun ist es üblich, daß sich in der vordersten Reihe des öffentlichen Lebens stehende Persönlichkeiten bei einem Anlaß wie diesem gefallen lassen müssen, daß ihr Lebenslauf bekannt gegeben wird. Wenn wir nicht irren, studierte F. in München Tierheilkunde. Mit 21 Jahren hatte er seine Examinas hinter sich und wurde 1888 Tierarzt.

Brände im Lande.

Grumbach (bei Forstheim), 9. März. (Brand.) Gestern Abend brach in der Scheune des Anwesens des Fuhrmanns Schöniger Feuer aus, das rasch um sich griff und dem das Anwesen größtenteils zum Opfer fiel.

Vollertshausen (bei Stodach), 9. März. (Brand.) Gestern mittag brach in dem Anwesen von Peter Wiedemann Feuer aus, das das ganze Haus innerhalb drei Stunden einäscherte. Die Tätigkeit der Feuerwehr konnte sich lediglich darauf beschränken, die Nachbarhäuser zu retten.

Forstheim, 9. März. (Unter Spionageverdacht verhaftet.) Unter dem Verdacht, mit einem französischen Büro in Verbindung zu stehen, wurde laut „Forstheimer Anzeiger“ ein Schreinermeister von Stammheim (bei Calw) verhaftet. Er soll mit einem französischen Paß versehen gewesen sein.

Mannheim, 9. März. (Tödlicher Unglücksfall.) Der 24-jährige Eugen Bauf aus Waldhof, der in der Heddesheimer Fußballmannschaft mitspielte, wollte am Sonntag Abend 10.55 Uhr auf den bereits in Bewegung befindlichen Dampfstraßenbahnzug Heddesheim-Mannheim aufspringen, blieb aber mit dem Fuß in einer Weiche hängen und wurde fünf Meter weit geschleift. Dabei wurde ihm der linke Arm ausgerissen; er erlitt auch sonst noch schwere Verletzungen, denen er nun im neuen Mannheimer Krankenhaus erliegen ist.

Heidelberg, 9. März. (Das schwere Autounglück an der Bergstraße.) Bei den Lei dem schweren Autounglück auf der Landstraße bei Leutershausen schwer Verletzten handelt es sich um den Photographen Gustav Adler aus Kirchheim und dessen Ehefrau. Die Frau des Hotelbesizers Heinrich Kuhl aus Waldlagenbach erlitt starke Schütterverletzungen. Die übrigen Insassen kamen anscheinend mit leichteren Verletzungen davon. Ein Autofahrer, der dem Unglückswagen auf kurze Entfernung gefolgt war und das Unglück mitangesehen hatte, gab an, daß den Autos auf der Straße bis Leutershausen etwa 30 Fuhrwerke entgegengekommen seien, von denen nicht ein einziges Anhalten getroffen habe, rechtzeitig auszuweichen. An der Unglücksstelle liegen die Schienen nicht strabengleich, sondern ragen etwas heraus, was den Unfall wesentlich mit verschuldet haben dürfte.

Schriesheim, 9. März. (Verhaftung.) Wegen Betrugsversuchs wurden hier lt. „Heidelberger Tageblatt“ Ingenieur Karl Fuhrmann aus Zabern und dessen Ehefrau sowie Ingenieur Alfred Müller aus Riffingen verhaftet. Die Genannten sind mit drei hiesigen Gemeindegliedern zwecks Errichtung dreier Holzhäuser in Verhandlungen getraut. Zwei der hiesigen Bürger haben an diese schon je 300 Reichsmark Anzahlung gemacht, welche die Verhafteten angeblich unterschlagen haben. Am 25. Februar dieses Jahres kamen Müller und Frau Fuhrmann zwecks weiterer Einkassierung von 250 RM wieder nach Schriesheim. Dabei wurden sie verhaftet und ins Amtsgefängnis nach Mannheim eingeliefert. Noch in derselben Nacht wurde der Ingenieur Fuhrmann in seiner Privatwohnung durch die Schriesheimer Gendarmen verhaftet und ebenfalls nach Mannheim eingeliefert.

Annahme der Wohnungsbauanleihe.

Im Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Landtags führte die Beratung über die Wohnungsbauanleihe am Mittwoch zu Ende.

Ein sozialdemokratischer Redner verlangte noch einmal die Errichtung einer Wohnungskreditbank und übte scharfe Kritik an der bestehenden Bauweise; nirgends sei man so in den alten Methoden stecken geblieben wie im Baubetrieb. Auch ein Zentrumredner hält eine Wohnungskreditbank jetzt schon für notwendig, während ein anderer Zentrumredner meinte, daß die Fraktionen jetzt die Errichtung einer Wohnungskreditbank ablehnen.

Zu den Klagen über die Abzüge, die der Staat von dem Aufkommen in den Städten macht, um Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien höher durch Baudarlehen zu berücksichtigen, teilte ein Regierungsvertreter mit, daß früher sehr viel größere Beschwerden aus diesen Kreisen gekommen seien, als man die Verteilung der Gelder den Wohnungsverbänden und Städten allein überlassen habe. Ein Zentrumredner wünschte, daß die Städte verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz für Kriegsbeschädigte zu verwenden. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei wünschte größeres Entgegenkommen bei Beilegung der Wohnungsnot für die Kriegsbeschädigten und kinderreichen Familien seitens der Gemeinden. Er wies darauf hin, daß manchmal von Spartassen Schwierigkeiten gemacht werden wegen des Verkaufserlöses der Versorgungsbehörden bei Gemährung von Kapitalabfindungen an Kriegsbeschädigte. Ein Zentrumredner kritisiert die Teuerung auf dem Baumaterialienmarkt, die durch nichts gerechtfertigt sei. Der deutsche Zement würde im Ausland bis zu 35 Prozent billiger verkauft und die Zementfabriken hätten bis zu 25 Prozent Dividende verteilt.

Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß ein Teil des Aufkommens der Gebäudesteuer in den Städten dazu verwandt werden müsse, um für die Arbeiter, die außerhalb dieser Städte wohnen Wohnungen zu bauen. In dem Gesetzentwurf zur Aufnahme einer Wohnungsbauanleihe verlangt nun die Regierung 6,5 Millionen Mark Staatsanleihe zur Förderung des Wohnungsbaus und bis zu 3,5 Millionen Mark Anleihe an die Wohnungsverbände und verbandsfreien Gemeinden, die beide durch den Staat bis zu 4 Prozent verbilligt werden sollen. Den Abänderungsantrag der Deutschen Volkspartei hierzu verlangt eine Staatsanleihe von 10 Millionen Mark und eine Anleihe an die Wohnungsverbände und verbandsfreien Gemeinden von 5 Millionen Mark. Hierzu verlangten die Regierungsparteien, daß die Regierung ermächtigt werden solle, Anleihen bis zu der Höhe aufzunehmen, die der deutschvolksparteiliche Antrag verlangt. Ein volksparteilicher Redner wies darauf hin, daß es ein außerordentlich schwerer Verleumdungsfall sei, daß hier das Zentrum gegenüber dem Antrag der Deutschen Volkspartei unternehme, während ein Zentrumredner behauptete, der Abänderungsantrag sei eingebracht, um die Sache elastisch zu gestalten. In der Abstimmung wurde der volksparteiliche Antrag gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Bürgerlichen Vereinigung durch die Regierungsparteien abgelehnt und der Antrag der Regierungsparteien dann einstimmig angenommen.

Weiter stand zur Abstimmung ein kommunistischer Antrag, der verlangt, die der Reichsregierung Schritte zu unternehmen, daß die vorgelegene Erhöhung der Miete unterbleibt. Dieser Antrag wurde durch die Erklärung der Regierung als erledigt erklärt.

Ferner stand zur Abstimmung ein kommunistischer Antrag, der beabsichtigt die Bereitstellung von Mitteln zum Wohnungsbau und Verbot von Baracken und Eisenbahnwagen zu Wohnzwecken verlangt. Ziffer 1 wurde durch die Annahme der Regierung für erledigt erklärt, zu Ziffer 2 wurde ein Abänderungsantrag Rüdiger angenommen, der verlangt, daß öffentliche Baudarlehen in keiner Form für die Errichtung von Baracken oder Zulassung

von Eisenbahnwagen zu Wohnzwecken gewährt werden. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokratie verlangt, daß im Falle der Mieterhöhung diese weggezurert und dem Wohnungsbau nutzbar gemacht wird.

Dann wurde noch ein Zentrumsantrag angenommen, der die Regierung ersucht, zu prüfen, ob nicht das Gesamtankommen an Gebäudesteuer den verbandsfreien Städten gelassen und ihnen die Auflage gemacht werden kann, einen bestimmten Prozentsatz zur Erfüllung des § 12 Absatz 4 des Gebäudesteuergesetzes zu verwenden.

Das neue Hagelversicherungsgeleß.

Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags beriet am Mittwoch den Gesetzentwurf über die Förderung der Hagelversicherung. Zwischen dem badischen Staat und der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft besteht ein Vertrag über die Uebernahme der Hagelversicherung durch diese Gesellschaft. In diesem Vertrag hat sich der badische Staat dazu verpflichtet, bei einem schlechteren Verlauf des badischen Geschäfts eine entsprechende Ausgleichssumme und den gesamten Nachschuß für die badischen Versicherten zu schaffen. Da wir gewähren die Versicherten dem badischen Staat einen Beitrag zum staatlichen Hagelversicherungsfonds von 66 Prozent der Netto-Beitragsbringung. Es bestand also bisher bei der badischen Hagelversicherung keine Rückversicherung, sondern das Risiko trug der badische Staat. Nun waren die Jahre 1925 und 1926 außerordentliche Schadensjahre. Während sich normalerweise der Schaden in Höhe von einigen Tausend Mark hält, betrug er 1925 M. 1.088.000.— und 1926 M. 1.668.000.—. Um den Nachschuß bezahlen zu können, mußte die badische Staatsschuldverwaltung im letzten Jahr mit 1,1 Millionen Mark vorläufiglich eintreten. Um solche Risiken für die Zukunft auszuschließen, ist der Vertrag mit der Norddeutschen Hagelversicherung nun dahin abgeändert worden, daß das Risiko durch eine Rückversicherung bei der Münchener Rückversicherungsgesellschaft geteilt wird; dafür verlangt aber diese eine Rückversicherungsprämie in Höhe von 100 Prozent der Vorräume. Der neue Gesetzentwurf will die badischen Hagelversicherten nicht schlechter stellen als bisher, so daß der badische Staat die gesamte Rückversicherungsprämie übernimmt. Für die Zahlung dieser Prämie wird eine Hagelversicherungsrücklage geschaffen, in die zunächst die 280.000 Mark fließen, die im Staatsvoranschlag für das Jahr 1927 enthalten sind.

Der Berichterstatter Abgeordneter Weichhaupt (Zentr.) gab über den Inhalt des Gesetzentwurfs und die bisherige Entwicklung der Hagelversicherung in Baden einen Überblick. Dem Gesetzentwurf wurde von allen Seiten zugestimmt; nur von sozialdemokratischer Seite wurde eine Zwangshagelversicherung verlangt.

Dann wurde noch die Frage der Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder der Norddeutschen Hagelversicherung behandelt und dabei festgestellt, daß die kürzlich durch die Zeitung gegangene Mitteilung, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates der Norddeutschen Hagelversicherung 25.000 M. jährlich beziehen würden, unrichtig ist, vielmehr beziehen diese für ihre Schenkungen nur ein Tagegeld und Ertrag der Reisekosten. Eine größere Vergütung erhält nur der vom Verwaltungsrat bestimmte Kontrollierende, der den größten Teil des Jahres in Berlin sein muß und das Amt eines Obereckendirektors ausfüllt. Dieser Kontrollierende beziehe wahrscheinlich die in der Presse genannte Summe; dagegen sei es nicht richtig, daß dieser eine freie Wohnung habe, vielmehr müsse diese an die Hagelversicherungsgesellschaft bezahlt werden. Dieser Kontrollierende ist zurzeit der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Freiherr von Stauffenberg aus Württemberg.

In der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf bei Stimmenthaltung des Kommunisten angenommen und ein Antrag der Sozialdemokratie, die Regierung wolle erneut prüfen, ob eine Zwangshagelversicherung einzuführen sei, gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und eines Mitglieds der Bürgerlichen Vereinigung, bei Stimmenthaltung eines weiteren Mitglieds der Bürgerlichen Vereinigung von den Regierungsparteien angenommen.

Daubenzell (bei Mosbach), 9. März. (Ein Flug aus der Steingzeit.) Der hiesige Landwirt Karl Maßolder fand bei Aufbaumarbeiten in seinem Schuppen einen durchlöcherigen Feuerstein von überhandlanger Größe. Professor Dr. Wahle-Heidelberg konnte feststellen, daß dieses Gerät ein Flugteil aus der jüngeren Steingzeit ist. Es ist nicht ausgegliffen, daß sich hier eine neolithische Siedlung befindet, da schon einige Jahre vorher ein Steinbeil gefunden wurde und im benachbarten Hüffenhardt sich ein größeres Urnenfeld aus der jüngsten Steingzeit befand.

Heddesheim (bei Rehl), 9. März. (Lebensgefährlich verletzt.) Gestern nachmittag wurde der Malermeister Swolowski von hier auf der Hauptstraße von einem Auto angefahren, zu Boden geschleudert und lebensgefährlich verletzt. Außer mehreren Rippenbrüchen, Knie- und Handgelenksbrüchen, hat er schwere innere Verletzungen erlitten, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Das Auto kam von Rehl und fuhr in Richtung nach Forstheim, überholte im Dorf zwei Radfahrer und sah plötzlich den Swolowski vor sich, der mit seinem Fahrrad noch ausweichen wollte. Es war aber zu spät. Der Autolenker nahm sich des Schwerverletzten sofort an und verbrachte ihn nach seiner Wohnung.

Reichelsdorf, 9. März. (Tötung eines Affen.) Ein seltener Unfall ist heute einem jungen Mann zugefallen, der mit einem Komraden nach dem Wald gegangen war, um einen Affen, dessen Aufenthaltsort er kannte, zu erlegen. Er fand das Tier aber nicht an dem vermeintlichen Orte und tendierte deshalb mit der Hand einige Baumhöhlen. Auf einmal erscholl ein gellender Aufschrei und der Affenjäger sprang erschrocken mit einer hart blutenden Hand vom Baum. Das Tier hatte die Hand erwischt und anscheinend kräftig gebissen, denn der Arzt konstatierte, daß Mittel- und Zeigefinger vollständig durchgebissen waren.

Offenburg, 9. März. (Schwerer Unfall.) Gestern Abend bestand sich der 44-jährige verh. Gipfermeister Schneckenburger von Eigersweier mit seinem ältesten Sohne, beide auf Rädern, auf

dem Heimweg von Offenburg, wo sie kurzzeitig arbeiten. In der Nähe der Ringbrücke wollte ein von Offenburg kommendes Auto den Gipfermeister, der eine größere Strecke vor seinem Sohne fuhr, überholen. Dabei wurde das Hinterrad Schneckenburgers vom Auto erfasst und er selbst zu Boden geschleudert. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und andere Verletzungen.

Endingen a. R., 9. März. (Vom Heuboden gestürzt.) Der 65 Jahre alte verheiratete Landwirt Karl Richter von hier stürzte beim Futterholen vom Heuboden und erlitt mehrere Rippenbrüche und Quetschungen.

Freiburg i. Br., 9. März. (Zur Verhaftung der Hochstaplerin.) Kürzlich wurde mitgeteilt, daß es der hiesigen Polizei gelungen sei, in der Person einer 29 Jahre alten Fabrikarbeiterin aus Frankfurt a. d. O. Ober eine Hochstaplerin festzunehmen. Dorothea Kühle — auf diesen Namen ist die Verhaftete in Frankfurt a. d. O. getauft — ist das Tochterlein ehrbarer Gärtnerleute. Sie lebte seit vielen Jahren auf Kosten der Leichtgläubigkeit jener Personen, für die ein hoch klingender Name nun einmal das höchste Glück auf Erden bedeutet. Heiratslustigen Männern machte sie als Baronin und Komtesse das Herz voll und den Geldbeutel leer. Sie gab sich ferner in württembergischen Kreisen als politisch Verfolgte aus und fand überall gastliche Aufnahme.

Norsingen, 9. März. (Vom Auto überfahren.) Gestern nacht zwischen 11 und 12 Uhr wurde hier auf der Landstraße von einem bis jetzt noch nicht ermittelten Auto ein auswärtiger Korbmacher überfahren. Heimkehrende junge Leute fanden den Verunglückten, der in die Klinik nach Freiburg gebracht wurde.

Bermatingen (bei Radolfzell), 9. März. (Tod infolge Blutvergiftung.) Der 19-jährige Otto Nagisbauer von einem bis jetzt noch nicht ermittelten Auto ein auswärtiger Korbmacher überfahren. Heimkehrende junge Leute fanden den Verunglückten, der in die Klinik nach Freiburg gebracht wurde.

In grösster Auswahl und zu nachstehend billigen Preisen

21.- 24.- 26.- 31.- 35.- 40.- 42.- 46.- 54.-

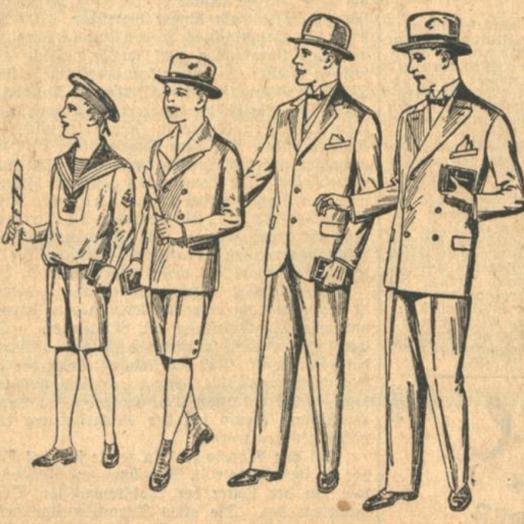
bringe ich

die schönsten Konfirmanten- und Kommunikanten-Anzüge

N. Breifbarth

Kaisersstraße

Ecke Herrenstraße



MOTORRAD 3 Ps

Verkauf Samstag, 12. März, nachm. ab 3 Uhr. Apfel-, Birnen-, Zwetschen-, Kirschen-, Pfl.-lebe-, Hochst.- u. Buschblüme-, Stachel-, Johannis- u. Himbeeren alles in prima Sorten und tragfähigem Zustand wegen Vorräteveruna d. Hauptplatzes Gebr. Körner, Gartenbau (Pflanzhof) 1863

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 10. März 1927.

Die Straßenbahner fordern eine kürzere Arbeitszeit.

In einer vom Verband Deutscher Verkehrs- und Betriebsbeamten anberufenen Mitgliederversammlung nahmen die Straßenbahner Stellung zur Arbeitszeitfrage. Gewerkschaftssekretär Fäßbender gab die Antwort der Stadtverwaltung bekannt, die auf den Antrag zwecks Kürzung der Arbeitszeit eingegangen ist. Nach eingehender Aussprache fasste die Versammlung zu dieser Frage folgende Entschlüsse:

1. Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Antwort der Stadtverwaltung, die Verkürzung der Arbeitszeit für das Fahrpersonal betreffend. Die Versammlung protestiert entschieden dagegen, daß die Verwaltung den Erlaß des in Aussicht stehenden Arbeitszeitgesetzes abwarten will, bevor sie an die Frage der Arbeitszeitverkürzung herantreten wird. Das Personal ist nicht gewillt, sich bis zum Erlaß des Gesetzes verurteilen zu lassen, da die Kürzung der Arbeitszeit aus moralischen wie rechtlichen Gründen alsbald durchzuführen ist. Das Fahrpersonal hat in Zeiten der Not auch nicht gesetzliche Regelungen abgewartet, sondern der Not gehorchend freiwillig eine Arbeitszeitverlängerung auf sich genommen. Demgemäß betrachtet die Versammlung es als eine dringliche wie moralische Pflicht der städtischen Verwaltung, antragsgemäß wieder eine Kürzung der Arbeitszeit vorzunehmen. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, erneut an die Stadtverwaltung heranzutreten, zwecks Schaffung einer tragbaren Arbeitszeitregelung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der begründeten Forderung des Fahrpersonals Rechnung getragen wird.

2. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, zu beantragen, daß hinsichtlich ausgearbeiteter, neuer Dienstpläne mindestens 14 Tage vor Einführung des Planes dem Personalausschuß zur Einsichtnahme, beziehungsweise Neufassung vorgelegt werden. Vom kommenden Sommerfahrplan erwartet die Versammlung, daß er genügend Pausen an den Endstationen vorsieht, zwecks Regulierung, beziehungsweise besserer Einhaltung der Abfahrtszeiten von den Endstationen.

Neuerung im Paketverkehr mit Oesterreich. Das Reichspostministerium teilt mit: Im Verkehr mit Oesterreich werden von jetzt an auch dringende Pakete über zehn Kilo, und zwar bis zum Höchstgewicht von 20 Kilo, zugelassen. Die Gebühr für dringende Pakete nach Oesterreich beträgt: auf dem unmittelbaren Wege über 10 bis 15 Kilo 7,20 Reichsmark, über 15 bis 20 Kilo 9,30 Reichsmark, auf dem Wege über die Tschechoslowakei über 10 bis 15 Kilo 9,30 Reichsmark, über 15 bis 20 Kilo 12,15 Reichsmark.

Um das badische Kilometernetz. Auf der Tagung des württembergischen Landesbahnrates in Stuttgart wurde insbesondere der Weiterentwicklung der Sonntagsrüdelfahrarten das Wort geredet. Ein einstimmig angenommener Antrag ersucht die Reichsbahndirektion, bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft für die Einführung ermäßigter Rückfahrarten im innerdeutschen Verkehr einzutreten. Breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Erörterung der Wünsche ein, die, besonders im Interesse des beruflichen Reiseverkehrs, auf Wiedereinführung von Einrichtungen gerichtet sind, wie sie die württembergische Landesbahn und das badische Kilometernetz früher waren. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Uebergang des Reiseverkehrs auf den Kraftwagen den jetzigen Umfang nicht angenommen hätte, wenn tarifliche Einrichtungen der gedachten Art noch bestehen würden.

Zu einem „Bunten Abend“ hat der Mäzerauschuß der Gemeinnützigen Mieter- und Handwerker-Vereine in Karlsruhe e. G. m. b. H. die Bewohner der Hardtwaldsiedlung und die ihr angeschlossene Siedlungen auf Samstag, den 5. März 1927, in das „Gasthaus zu den drei Linden“ eingeladen. Der Vorsitzende des Mäzerauschußes, Herr Scheubel, kennzeichnete in seiner Eröffnungsansprache den Zweck des Abends dahin, die Siedlungsbewohner durch gute Unterhaltung zusammenzuführen und menschlich einander näher zu bringen. In buntem Wechsel folgten alsdann die Darbietungen. Zu nennen wären besonders die von Fräulein Braun und Herrn Soulier gesungenen Lieder, die von Frau Soulier verändertesoll am Flügel begleitet wurden. Subelnden Beifall ernteten Fräulein Schäfer und Herr Gler mit ihren ausgezeichneten Zwiesingen zur Laute. Der Höhepunkt des Abends wurde in dem vom Eilfischen Theater in gewohnter Güte gespielten Stück „Dr. Lohndorfer“ erreicht. Lachen und Beifall wollten kein Ende nehmen. Dazwischen bei der Karlsruher Volkapoet, Herr Eustadius Dinkmüller, köstlichste Blüten seines urwüchsigen Humors. Eine Abteilung der Harmonie-Kapelle zeigte in einigen sehr gut gespielten Musikstücken, daß der gute Ruf, den diese Kapelle genießt, wohl berechtigt ist. Ein Tanzchen hielt die Siedlungsbewohner noch einige Stunden zusammen.

Filmschau.

„Lügows wilde verwegene Jagd“ heißt das neue, große Filmwerk, welches die Badischen Lichtspiele vom 11.—16. März im Konzerthaus in ihrem Programm bringen werden, nachdem es erst vor kurzem in München seine Uraufführung erlebte und Stürme der Begeisterung hervorgerufen hat. Der Film führt uns mitten hinein in die Zeit der glorreichen Erhebung der deutschen Stämme im Jahre 1813 gegen das Joch Napoleons, unter dem ganz Europa leuchtete. Das Vaterland rief, wilde Begeisterung durchzölte die deutschen Lande, Freiwehren werden angeordnet, die Lügows jagen vorüber. Es handelt sich aber nicht um einen einseitig militärischen Film. Im Vordergrund steht die Seldens- und Dichtergestalt Theodor Körners. Seine Freiheitslieder tönen an unser Ohr, aber wunderbar vermischt sich sein Heldensinn mit seiner heißen Liebe zu der lieblichen Wiener Schauspielerin Toni Wambberger, die ihm allen Intrigen und Schwierigkeiten zum Trotz selbst ins Feld nachfolgt, um Körner von einer heimlich in die Hände gefallenen Kugel getroffen, nur noch stehend anzutreffen. Bilder voll Jeltener, feilscher Feinheit, aber auch mächtiger Kraft und gewaltiger Tragik ziehen vor unserm Auge in vollendeter Darstellung vorüber, und dürfte der Film, zu dem die Polizeikapelle unter der bewährten Leitung ihres Obermusikmeisters Heilig die Vertonung bringt, in seiner ganzen Einstellung geeignet sein, auch am allgemeinen Volkstrauertage ein verständnisvolles, andächtiges Publikum um sich zu versammeln.

Ein Oeuvreffilm der Ufa. In den Ateliers der Ufa wird seit längerer Zeit an einem neuen Monumentalwerk gearbeitet, dessen Zweck und Absicht darin besteht, eine historische Chronik des großen Völkerringens der Jahre 1914 bis 1918 zu geben. Der Film führt den Titel „Der Weltkrieg“. Wackernd für die Gestaltung des Werkes waren die Ergebnisse der kriegsgeschichtlichen Forschungen des Reichsarchivs, dessen Sachlichkeit und Objektivität unbestritten sind. Die Bearbeitung des Manuskripts lag in den Händen der Reichsarchivdirektoren Seldens und Volkmann. Der Film führt aus drei Teilen zusammen, von denen der erste Teil loeben wertig ist. Er schildert die politische Vorkriegssituation der europäischen Völker, die allgemeine Kriegsbereitschaft und das rasende Betreiben, dann die Mobilisierung und Kriegserklärung, die Einmärsche in den Westen bis zur Marnechlacht, die Ereignisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz, die Verletzung Ostpreußens durch Hindenburg, bis zur Erringung der Front. Neuartige und interessante Triebnahmen verdeutlichen die Vorgänge so, daß auch der Laie von ihnen ein leicht verständliches Bild gewinnt. Abwehrend von diesen Triebnahmen, die zum vollen Versehen der Ereignisse beitragen, besteht der Film aus schließlich aus authentischen Bildern aus dem Weltkrieg, die den Archiven der Ufa entstammen. Der zweite Teil veranschaulicht den weiteren Verlauf des Krieges auf den Haupt- und Nebenschauplätzen, insbesondere den Krieg in der Luft und den Krieg zu Wasser. Der dritte Teil endlich wird den letzten Kriegshandlungen und den sich anschließenden Ereignissen gewidmet sein: Waffenstillstand und Revolution und schließlich die allmähliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes auf dem Boden der neugeschaffenen Verhältnisse.

Interessante Zahlen aus dem Postbetrieb

67 Millionen Briefe an einem Tage. — 1500 Kraftfahrlinien. — Der Fernsprecheverkehr.

Günstige Entwicklung auf allen Gebieten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann dieser Tage, wie bereits kurz mitgeteilt, die Beratung des Etats des Reichspostministeriums, die mit eingehenden Darlegungen des Ministers Dr. Schäkel eingeleitet wurde. Aus dieser Rede, die mit reichem Zahlenmaterial aufwartete, teilen wir noch folgende Angaben mit:

Der Briefverkehr hatte in den Sommermonaten bis August 1926 etwas abgenommen; er erholte sich dann und steigerte sich bis zum Dezember 1926 um über 17 Prozent. Im Januar 1927 sind an einem Zähltag bei allen Postanstalten insgesamt 67,2 Millionen gewöhnliche Briefsendungen im Eingang und Abgang festgestellt worden. Einen ähnlichen Verlauf nahm der Paketverkehr. Im Januar betrug die Zahl der aufgegebenen Pakete 20,3 Millionen Stück, gegen 16,8 Millionen im Januar des vorigen Jahres und gegen 32 Millionen im Dezember 1926 mit seinem Weihnachtverkehr. Auch im Geldverkehr zeigten sich gleich verlaufende Schwankungen. An Postanweisungen, Zahlkarten und Zahlungsaufweisungen wurden insgesamt behandelt 32,4 Millionen Stück im März 1926 und 38,6 Millionen im Dezember 1926. Der Januar 1927 weist gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung um 16,5 Prozent auf. Der Kraftwagenverkehr entwickelte sich zufriedenstellend. Gegenwärtig betreibt die deutsche Reichspost mit rund 7000 Kraftfahrzeugen etwa 1500 Kraftfahrlinien mit einer Betriebslänge von rund 28 000 Kilometern, was eine Zunahme im Jahre 1926 um 16 bis 17 Prozent bedeutet. Insgesamt wurden 1926 39 Millionen Kilometer gefahren und 36 Millionen Reisende befördert.

Im Jahre 1926 sind rund 17 000 Kilogramm Postsendungen einschließlich Zeitungen auf den deutschen Luftpostlinien befördert worden, was gegen 1925 eine Zunahme um 22,4 Prozent bedeutet. Der Luftpostverkehr hat sich um 105 Prozent zugenommen. Mitte April wird der Sommerverkehr auf etwa 80 Linien eröffnet werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Hauptbedeutung des Luftpostverkehrs in der Herstellung schneller zwischenstaatlicher Verbindungen liegt, fördert die Reichspost die Luftfahrt besonders in ihren Auslandsbeziehungen; sie wendet außerdem ihre Aufmerksamkeit dem noch wenig entwickelten Nachtflugwesen zu, das für den Postverkehr von größter Wichtigkeit ist.

Etwa 8 Prozent des gesamten Postverkehrs entfallen auf den Auslandsverkehr, und zwar rund 3 Prozent in der Richtung nach Deutschland und rund 5 Prozent in der Richtung aus dem Deutschen Reich.

Für Verkehrserleichterungen und Verkehrsverbesserungen wird alles nur Mögliche getan werden müssen. Wir legen grundsätzlich den größten Wert darauf, unserem großen Kundenzweck entgegenzukommen. Die Schalterstunden sind inzwischen immer mehr dem Verkehrsbedürfnis angepaßt worden. Bei vielen Bahnhofsämtern werden Pakete auch außerhalb der Schalterstunden zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne besondere Gebühr angenommen. Wir sind eifrig bemüht, die Schalteranlagen selbst zu modernisieren. Besonders Wert legen wir darauf, die Benutzung der Schließfachanlagen zu fördern. Die Postzustellung ist weiter verbessert worden; sie wird auch im kommenden Jahre Gegenstand besonderer Sorge für uns bilden. In diesem Zusammenhang möchte ich bejoun-

ders darauf hinweisen, daß es zur Erleichterung und Beschleunigung der Briefzustellung von besonderer Bedeutung sein würde, wenn auch die deutsche Bevölkerung, nach dem Vorbild anderer Staaten, der Anbringung von Hausbriefkästen mehr Interesse entgegenbringen würde. Leider ist dies nicht in ausreichendem Maße geschehen.

Die Zahl der Fernsprechkstellen (Haupt- und Nebenanschlüsse) hat im letzten Jahre von 2,51 auf 2,64 Millionen, d. h. um 3,7 Prozent, die Zahl der Hauptanschlüsse allein von 1,56 Millionen auf 1,65 Millionen, d. h. um 5,4 Prozent, zugenommen. Der verhältnismäßig starke Zugang an Hauptanschlüssen erklärt sich aus dem bisherigen, für die Fernsprecheverhältnisse niedrigen Tarif. Der Fernsprecheverkehr selbst ist auch nur um 0,14 Prozent auf rund 2,04 Milliarden Gespräche (Orts- und Ferngespräche zusammen) angewachsen. Mit der vom Verwaltungsrat verabschiedeten neuen Fernsprecheordnung ist das Fernsprecheverhältnis auf eine Grundlage gestellt worden, die eine gesunde Fortentwicklung dieses außerordentlich wichtigen Verkehrsgebietes gewährleistet. Mehrere Maßnahmen aus dem Ortsverkehr werden durch Gebührenermäßigung im Fernverkehr ausgeglichen werden. Von besonderer Bedeutung für den Fernverkehr sind: Ermäßigung der Gebühren für Ferngespräche auf Entfernungen bis zu hundert Kilometer, Berechnung der Gebühren für Ferngespräche von mehr als drei Minuten Dauer nach Einzelminuten, die Ermäßigung der Ferngesprächsgebühren, für die Zeit von 7 Uhr abends bis 8 Uhr früh, auf zwei Drittel der Tagesgebühren und die Herabsetzung der Gesprächsgebühren für den Verkehr der Großstädte mit ihren Nachbarorten. Insgesamt werden mehr als einhundert Gebührenermäßigungen im Fernverkehr durchzuführen sein. Außerdem wird noch eine Reihe von Verkehrsverbesserungen durchgeführt. Die Fernsprechemarkten zu 15 Pfennig kommen durch Einführung der ermäßigten Gesprächsgebühr in Kraft. Künftig können, da ein Ortsgespräch nur noch zehn Pfennig kostet, für die öffentlichen Fernsprechkstellen Fernsprechnutzkäufe benutzt werden. Im letzten Jahre wurden 221 Selbstanschlüsse für rund 145 000 Teilnehmer-Anschlüsse in Betrieb genommen. In Berlin und in 25 anderen deutschen Großstädten sind große Selbstanschlüsse (10 000er-System und größer) im Bau, die im Laufe des Rechnungsjahres 1927 in Betrieb genommen werden.

Besondere Fürsorge wird bis hierher der Verbesserung der Fernsprecherhältnisse in den kleinen und mittleren Städten und auf dem flachen Lande gewidmet. Für 1927 wird die Umstellung von mindestens 200 kleinen und mittleren Ortsnetzen mit insgesamt 50 000 Hauptanschlüssen zum Selbstanschlüssebetrieb möglich sein. Die Bemühungen um die Ausgestaltung des Verkehrsnetzes von Stadt zu Stadt zeigen sich in dem seit 1921 geschaffenen deutschen Fernabnetz. Dieses Netz würde im verflochtenen Jahre von 5000 auf rund 6800 Kilometer Kabellänge mit insgesamt 68 Verästelungsstellen erweitert. Weitere rund 1100 Kilometer mit elf Verästelungsstellen sind im Bau. Das deutsche Fernabnetz hat Anschluß an die Nachbarländer Oesterreich, Schweiz, Holland, Dänemark und Schweden; der Anschluß an Frankreich steht bevor. Deutschland unterhält Fernsprecheverkehr mit jezt zehn fremden Ländern, nämlich mit sämtlichen elf Nachbarländern und darüber hinaus mit Schweden, Norwegen, Lettland, Ungarn, Italien und England.

Hauptversammlung des Karlsruher Turnvereins 1926

Am Samstag, den 5. März d. J., hielt der Karlsruher Turnverein 1926 im oberen Saale des „Kroftobil“ seine ordentliche Hauptversammlung ab. Der überaus starke Besuch gab Zeugnis von dem großen Interesse, das die Mitglieder an den Vereinsbestrebungen haben. Besondere Freude machte die Tatsache, daß die Versammlung nicht nur der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten dienen, sondern daß der Abend auch dem Zweck der Vertiefung der turnerischen Gedanken, zur allgemeinen Weiterbildung und Unterhaltung.

Nach Begrüßung der Versammlung durch den 1. Vorsitzenden Direktor Eichler, hielt derselbe einen von großer Innlichkeit und Begeisterung getragenen Vortrag. Ausgehend von dem Lebensplan, den sich jeder Mensch frühzeitig bilden muß, und dem Ziel, dem er nach sicher aufgestellten Grundsätzen entgegenstrebt, bespricht der Sinn des Lebens in der Aufgabe, auch für die Anderen zu sorgen. Der in Selbstsucht allein dahinstehende Mensch befindet sich auf der niedrigen Stufe der sozialbestimmenden Mensch fragt nach dem Wert des Anderen, opfert sich auch für eine Sache, unter Drangabe des eigenen Wohlbehagens ohne Aussicht auf Lohn. So wirken auch die Turnvereine, indem sie mit vollem Herzen geben und unserer Jugend helfen. Einreichung der Leibesübungen in das Ganze des Erziehungswesens und die Vertiefung turnerischer Fragen in die großen Bildungsgedanken der Menschheit ist deren Lebensplan.

Von dem großen Erneuerer des Schulwesens Pestalozzi wurde neben den Verdiensten desselben für das Turnen gerade dessen soziale Einstellung geschildert, wodurch er mit der Turnerschaft geistesverwandt ist. Der Geist Pestalozzis, der Geist der Menschlichkeit, des Opferwillens ohne Lohn ist das Vorbild der Turnvereine. Den höchsten Lohn erhielt Pestalozzi in seiner Grabinschrift: „Alles für Andere“.

Nach kurzer Vortragsrede wurde in die Tagesordnung eingetreten, die in kurzer, sachlicher und gewandter Weise durch den ersten Vorsitzenden erledigt wurde. Der 12. Voten des Vereins im verflochtenen Jahre wurde in ehrender Weise gedacht. Von dem Vereinsleben mit seinen beiden Höhepunkten — dem 80. Stiftungsfest und dem Landesturnfest in Offenbach — wurde auf die für den Verein wichtige Frage des Turn- und Spielplatzes sowie des Turnhallenbaues eingegangen. Schon in der letzten Hauptversammlung wurde der Gedanke des Baues einer Turnhalle vorgelegt. Durch die Vertiefung und Hinanzschiebung des Erwerbes des Spielplatzes wird der Verein in seinen Aufgaben an der Jugend gefördert. Daher sollen jetzt alle Mittel ergriffen werden, um zum Ziel zu kommen. Die 1800 Mitglieder des Vereins lassen sich jetzt nicht mehr länger verdrängen. Das sehr übersichtliche Reserat des Hauptassessors Hennig er über den Kasfenbericht 1926 und den Bonanzschlag 1927 wurde allseitig gutgeheißen und Entlassung erteilt. Die Vermögensverhältnisse sind in Ordnung. Die Mitgliederbewegung ist weiterhin im Aufstieg begriffen. Der Verein ist der stärkste des Karlsruher Turnraumes. Der Oberturnwart Landhäuser konnte in seinem technischen Bericht nur Erfreuliches melden. Die neue Organisation ist durchgeführt; in 30 Abteilungen unter 29 Leitern werden die 1200 Ausübenden jede Woche unterwiesen. Die Leitung des gesamten Frauen- und Mädchenturnens hat Turninspektor Lattner, der Kreisfrauenturnwart Dr. X. Kreis der D.L., übernommen. Lattner ist seit vielen Jahren auf dem Gebiete des Turnens besonders erfolgreich und richtunggebend im Frauenturnen tätig. Der Verein darf die Mitarbeit Lattners als einen außerordentlich hohen Gewinn buchen. Alle Anträge wurden einstimmig genehmigt. Herborzuheben ist die Schaffung einer weiteren neuen Unfallversicherung ohne finanzielle Mehrbelastung der Mitglieder. Der Mitgliederbeitrag wird nicht erhöht, trotzdem er von allen Turn- und Sportvereinen der niedrigen ist. Für die Neuaufstellung der Satzungen wurde eine Kommission gewählt. Einer eventuell notwendig werdenden Umlage für die bevorstehenden Ausgaben im Laufe des Jahres wurde zugestimmt, ebenso soll der Ausgestaltung der Vereinsnachrichten näher getreten werden.

Bei den Neuwahlen zeigte sich das Vertrauen der Mitglieder in ihre Führer in Annahme des Wahlvorschlages durch Zuruf, wie ihn der Leiter der Wahlkommission, Oberturnwart Behr, vorgelegt hat. Die alten Turnratsmitglieder wurden wieder gewählt, neu hinzu kamen Gewerbelehrer Quex und Bantvorstand

Rüdiger als Beisitzer, sowie Kaufmann Ernst Schmitt als Werbewart.

Die Gesangsabteilung erstreute in den Pausen die Anwesenden durch einige auf Gehör gebrachten Chöre unter sicherer Stabführung Landhäuser. Der Abend, welcher in darmontföner und anregender Weise verlief, zeigte, daß es dem Verein mit seiner Erziehungsarbeit ernst ist. „Alles für Andere“.

Turnen • Spiel • Sport.

Die endgültige Zeiterteilung bei den Olympischen Spielen wurde vor kurzem festgelegt: 28. Juli 1928: Eröffnung, 29. Juli: Fechten, Gewichtheben, Leichtathletik, Tennis, 30. Juli: Fechten, Leichtathletik, Ringen, Tennis, 31. Juli: Fechten, Fäustkampf, Ringen, 1. August: Fechten, Fäustkampf, Leichtathletik, Ringen, 2. August: Fechten, Fäustkampf, Leichtathletik, Ringen, 3. August: Fechten, Fäustkampf, Leichtathletik, Ringen, 4. August: Fechten, Fäustkampf, Leichtathletik, Ringen, 5. August: Bahnrennen, Fechten, Ringen, Schwimmen, 6. August: Fechten, Leichtathletik, Marathonslauf, Rudern, Schwimmen, Segeln, 7. August: Fechten, Rudern, Schwimmen, Segeln, Turnen, 8. August: Bogen, Fechten, Rudern, Schwimmen, Segeln, 9. August: Bogen, Fechten, Reiten, Schwimmen, Segeln, Turnen, 10. August: Bogen, Fechten, Reiten, Rudern, Schwimmen, Segeln, Turnen, 11. August: Bogen, Fechten, Reiten, Schwimmen, Segeln, Turnen, 12. August: Schluß der Spiele, Reiten, Sommererfolge: 17.—26. Mai: Hockey, 27. Mai bis 15. Juni: Fußball, Winterspiele: 11.—19. Februar in St. Moritz. Aus dieser Liste läßt sich ersehen, daß das Schießen aus dem Olympischen Programm gestrichen wurde.

Tagungen der Deutschen Turnerschaft.

Nachdem am 3. und 4. März Sitzungen des Zeitungsaußschusses, des Vorstandes der D.L. und des Wirtschaftsausschusses stattgefunden hatten, gestellten sich am 5. März zu letzterem der Kreisassessor warte sämtlicher deutschen Turnkreise zu der alljährlichen gemeinsamen Tagung. Diese fand unter Leitung des Hauptassessors der D.L. Schill, der neben seinen Kassen- und Vermögensberichten eine Reihe außerordentlich wichtiger Punkte zusammengestellt hatte, die zu wertvollen Ansprachen führten. Der Vorsitzende der D.L., Prof. Dr. Berger, war als Gast erschienen. Die Erstattung der Kassen- und Vermögensberichte gab ein Bild stetiger gesunder Weiterentwicklung, Kassenwart Schill trug aus schließlich die Pläne für den bevorstehenden Bau der Turnhallen der D.L. vor und ward durch den Vorsitzenden Prof. Berger und Geschäftsführer Breit- haupt ergänzt; die endgültige Entscheidung fällt der Hauptassessor der D.L. in seiner Sitzung am 8. April. Eine durchgreifendere Nachprüfung der Mitgliederbestandsmeldungen, die alljährlich nach dem Stande am 1. Januar jeden Jahres jedem Verein der D.L. zur Pflicht gemacht sind, wurde beschloffen (hierzu wurden eine Reihe von Vorschlägen gemacht), von denen die wirksamsten dem Vorstand und Hauptassessor unterbreitet werden sollen. Der Frage, die Errichtung und den Betrieb der geplanten Turnhallen durch eine allgemeine Sonderumlage sicherzustellen, hand man durch aus wohlwollend gegenüber, will aber zunächst die freie Entscheidung der Kreise und Gaue abwarten; Kreis Brandenburg und Oberweiser, der Elbgau in Kreis 4 und andere Gaue haben bereits die Umlage von 1.—4 Pfennig als Kofopf beschloffen.

Als eine unbillige Härte wurde die starke Form des § 17 der Satzungen der D.L. allgemein empfunden, welche die Steuerpflicht streng nach dem gemeldeten Mitgliederbestand am 1. Januar jedes Jahres festgelegt hat. Die Verhandlungen nahmen einen beratenden Verlauf, daß noch andere allgemeine interessierende Fragen in den Kreis der Erörterungen einbezogen werden konnten, so die geldliche Auswirkung der Anfertigung von bewerteten Karten, mit denen übrigens durchgängig gute Erfahrungen gemacht wurden.

Kreisassessor Wallner (Königsberg), der mit Erich Hammer (Berlin) die Rechnungsprüfung für 1926 vorgenommen hatte, erstattete eingehenden, durchaus zufriedenstellenden Bericht, und sein Antrag auf Entlastung fand einstimmige Annahme. Schon 4 Uhr nachmittags fand die Verammlung, die durchaus harmonisch und anregend verlief, ihr Ende, nachdem Kreisassessor Herzog (Kassel) unter dem Beifall der Versammlung außerordentlich herzlich dem Hauptassessor dankt hatte.



906716

Evangelische Landesynode.

Landeskirchensteuer-Voranschlag.

Die 3. öffentliche Sitzung der am 2. März im Landtagsgebäude tagenden Evangelischen Landesynode eröffnete Präsident Dr. Keller am Mittwoch nachmittag kurz vor 4 Uhr. Nach dem Gebet teilte der Präsident mit, daß Professor Dr. Dietrich infolge eines Trauerfalles an der Teilnahme der Beratungen verhindert sei. Dann berichtete im Namen des Finanzausschusses

Steueramtmannt Dittes über den 3. Teil des Voranschlages: Allgemeine Evangelische Kirchentasse (Landeskirchensteuer-Voranschlag). Diese schließt jährlich mit 5 959 530 M. Einnahmen und mit 6 482 630 M. Ausgaben ab; demnach verbleibt ein ungedeckter Aufwand von 523 100 M. Im Jahre 1926 waren die Zahlen folgende: Einnahmen 5 864 600 M., Ausgaben 6 232 650 M., ungedeckter Betrag 368 050 M. Unter den Einnahmen finden wir: Ertrag der Landeskirchensteuer zusammen 3,8 Millionen Mark, Reinertrag der Zentralparochie 880 000 M., Staatsbeitrag 900 000 Mark, Einnahmen aus der Erteilung des Religionsunterrichts 32 000 Mark. Von den Ausgaben seien erwähnt: Steuerabgänge und Niederschlagungen (einschließlich Steuerübervergütungen) 375 000 M., Verwaltungskosten 331 650 M., Bezüge der planmäßigen Geistlichen 2 990 000 M., der nichtplanmäßigen 588 000 M., Entschädigung für Dienstaufwand 158 000 M., Ruhegehalt 470 000 M., Hinterbliebenenversorgung 530 000 M., Aufwand für die Gemeindefürsorge im allgemeinen 4 822 500 M., Aufwand für den Religionsunterricht durch theologisch vorgebildete Religionslehrer 92 700 M. und durch in den Kirchengemeinden übernommene Volks- und Fortbildungsschullehrer 204 310 M., für Pflege der kirchlichen Musik 16 200 M., Beihilfen zur Beschaffung von Wohnungen für Geistliche und Beamte 25 000 M., Stipendien für Theologiestudierende 30 000 M., Unterstützung an arme Kirchengemeinden und Diasporagemeinden 50 000 M. Die Synode genehmigte ohne Wortmeldung und einstimmig diesen Voranschlag. Ebenso einstimmig und ohne Debatte wurde dann das Finanzgesetz gutgeheißen.

Regierungsrat Hasel übermittelte der Synode die Glückwünsche der badischen Staatsregierung zu der in den Ausschüssen und im Plenum geleisteten Arbeit. Diese gebe Zeugnis von dem guten Einvernehmen zwischen Synode und Kirchenregierung. Dabei sei zu recht der Satz hervorgetreten: In dubiis libertas, in necessariis unitas.

Der Katechismuseinwurf.

Nach Erledigung der budgetären Vorlagen ging die Synode an die legislative. Zur Frage des Katechismuseinwurfes, über den im letzten Jahre die einzelnen Bezirksynoden abstimmen, beschloß die Landesynode, einen Ausschuss von acht Mitgliedern zu bestellen, mit dem Auftrag, den Katechismuseinwurf unter Berücksichtigung der vom Ausschuss für Kultus und Unterricht und von den Bezirksynoden geäußerten Wünsche zu bearbeiten und den so bearbeiteten Entwurf der wieder zusammentretenden Landesynode vorzulegen. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt bei 7 Enthaltungen.

Die Simultanschule.

Die Landesynode nahm einen Antrag des Ausschusses für Kultus und Unterricht an, nach dem sie erwartet, daß die Simultanschule in ihrer bestehenden Form in Baden erhalten bleibt. Dieser Antrag wurde mit allen Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. In der Aussprache begrüßte der Abgeordnete Kühner, daß diese Frage hier entschieden worden sei. Direkt von Baden aus sei unsere Simultanschule nicht gefährdet; erst durch den Reichsschulgesetzentwurf drohe ihr Gefahr.

Gesangbuch.

Der Volkskirchenbund für evangelische Sozialisten hatte einen Antrag eingebracht, nach dem aus dem Gesangbuch alle jene Verse und Lieder entfernt werden sollen, die von Kaiser und Fürsten handeln, weil deren Inhalt heute unverständlich sei. Der Ausschuss gab diesem Antrag folgende Fassung: „Die Landesynode beauftragt den Evangelischen Oberkirchenrat, den Verleger des Gesangbuches anzuweisen, soweit nicht unüberwindliche Schwierigkeiten bestehen, die betreffenden Verse und Lieder bei einer Neuauflage herauszulassen, da ihr Inhalt in der heutigen Staatsform gegenstandslos geworden ist. Ebenso sollen bei einer Neuauflage die Worte „in Treue ihrem Fürsten“ gestrichen werden. Dieser Ausschussantrag wurde einstimmig angenommen.“

Zum Gesetz über die religiöse Erziehung der Kinder

wurde ein Antrag des Ausschusses für Kultus und Unterricht angenommen, nach dem das Gesetz einer Revision unterzogen werden soll, da 14jährige Kinder nicht die Einsicht haben, um darüber entscheiden zu können, ob sie am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht. In der Aussprache wurde das Gesetz einer scharfen Kritik unterzogen. Die Annahme dieses Antrages erfolgte einstimmig. Weiter wurde den Volksschullehrern und Lehrerinnen, die hauptamtlich oder nebenamtlich sich in den Dienst der Kirche gestellt haben zur Erteilung des Religionsunterrichts, der Dank und Anerkennung der Landesynode ausgesprochen.

Hierauf wurde einstimmig das von der Kirchenregierung vorgelegte **D i ä t e n g e s e t z** angenommen.

Ueberlassung von Kirchen an Militärverbände.

Der Volkskirchenbund hatte einen Antrag wegen der Ueberlassung von Kirchen und kirchlichen Räumen an Militärverbände eingebracht. In Mannheim wollte der Volkskirchenbund in der Christusstraße eine Versammlung abhalten, was ihm aber verweigert wurde. Dagegen wurde in Mannheim eine Kirche einer Landauer Regimentsvereinigung zur Abhaltung eines Gedächtnisgottesdienstes für die gefallenen Kameraden zur Verfügung gestellt. Dieser Antrag löste eine große Aussprache über Kirche und politische Parteien aus. Schließlich wurde der Antrag des Volkskirchenbundes, grundsätzlich Kirchen Militärverbänden nicht zu überlassen, abgelehnt.

Kleine Vorlagen.

Der Antrag auf **V e r e i n i g u n g** der beiden Kirchengemeinden in Weinheim wurde der Kirchenregierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Ferner will die Landesynode einen kirchlich-staatlichen Vertrag über die Befreiung staatlicher Beamtenstellen, die ein kirchliches Amt einschließen; es sollen ganz klare Bestimmungen über die beiderseitigen Rechte bei der Befreiung solcher Stellen geschaffen werden. Ein aus vier Mitgliedern der Landesynode bestehender **S o n d e r a u s s c h u ß** soll die Kirchenverfassung einer Durchsicht unterziehen und das Ergebnis seiner Arbeiten der nächsten Landesynode vorlegen. Die verschiedenen Anträge und Gesuche über Uebertragung der **W a h l o r d n u n g** sollen dem gleichen Ausschuss überwiesen werden.

Der Hauptbericht.

Die Besprechung des Hauptberichtes samt dem im Hauptberichts-ausschuss gefaßten Anträgen und Entschlüssen wurde durch eine allgemeine Aussprache eingeleitet. Für den Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten sprach Dr. K a p p e s. Er zeigte, wie es möglich werden könnte, die großen Massen der Gebildeten und die noch größeren proletarischen Massen wieder der Kirche zuzuführen. Die alte Kirche habe hier eine große Zahl verfallener Möglichkeiten hinter sich; die neue Kirche müsse kämpfen mit dem Alltag, mit den Nöten der Zeit. Der Sonntagsgottesdienst müsse färdend wirken für diesen Kampf. Die Kirche sei solange notwendig und berechtigt, als sie diesen Kampf kämpfe. D. Dr. F r o m m e l bemerkte, der Vorredner habe nicht eine Parteired gehalten, sondern eine Rede für alle, eine richtige Synodalrede. Es fehle der heutigen Menschheit das Zentrum und ihr dieses wiederzugeben, sei eine der Hauptaufgaben der Kirche.

Hierauf erstattete Pfarrer **B a t h** den einschlägigen Bericht. Am Donnerstag vormittag wird wahrscheinlich die Schlußsitzung sein.

Die evangelische Kirchenregierung beim Staatspräsidenten.

Aus Anlaß der zur Zeit tagenden evangelischen Landesynode hat der badische Staatspräsident die Mitglieder der Kirchenregierung zu einem Abendessen eingeladen, das im Präsidialgebäude am Schloßplatz stattfand. Kultusminister Dr. L e e r s nahm ebenfalls daran teil. An das Essen schloß sich ein geselliger Abend, zu dem die Minister und Staatsräte und alle Synodalsabgeordneten geladen waren. In Erwiderung dieser Gastfreundschaft lud der Präsident der Synode den Staatspräsidenten, die Minister und auf kirchlicher Seite die Mitglieder der Oberkirchenbehörde nebst den Abteilungspräsidenten, die Abgeordneten und die hiesige Pfarrgeistlichkeit zu einem Abendessen im Hotel Germania am Dienstagabend ein. Präsident D. K e l l e r gab in herzlichen Worten seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß Staat und Kirche in Baden gewillt sind, Hand in Hand zum äußeren und inneren Wohl des Volkes zu arbeiten. Seine Worte schlossen mit einem Hochruf auf das badische Volk.

Nochmals: die Schulferien in Baden.

Ohne Mutter schulpflichtiger Kinder zu sein, bitte ich um Gehör für einige Einwände, aus denen wohl klar hervorgeht, wie eben jedes Ding mindestens, seine zwei Seiten hat.

Ich will und kann nicht dazu Stellung nehmen, ob sich die Anfrage des Unterrichtsministeriums nur, wie veranlaßt wird, an die Lehrerschaft, statt auch an die Elternräte, gewendet hat.

Daß in einem normalen Sommer die früheren Tage doch wohl meist erst nach Mitte September eintreten, ist doch nicht nur noch zu Beginn dieses Monats über stark verspätete Hundstage leuzen kann, das nur nebenbei. Ich gebe etwas anderes zu erwähnen: Wer an Orten mit starkem Fremdenverkehr lebt, dem ist bekannt, wie sich dort zu Anfang August ein deutlich sichtbarer und hörbarer Gästewechsel vollzieht. Von da ab überwiegt, z. B. bei uns hier oben das Schwäbisch und Gutbadisch in seinen verschiedenen Schattierungen wieder über das Norddeutsche und Rheinische. Nun wird ja gewöhnlich und berechtigterweise über die kurze Fremdenzeit des Schwarzwalds geklagt, dessen Hauptstrom eben doch noch immer in die Sommermonate fällt, mit Ausnahme von einigen Winterportplätzen, die ja auch viel mehr von Gunst und Ungunst des Wetters abhängig sind, ganz abgesehen von der nur kurzen winterlichen Ferienzeit. Zielen nun nord- und süddeutsche Ferien ganz oder doch größtenteils zusammen, würde das für unsere einheimische Fremdenindustrie einen schweren Ausfall bedeuten. Von Anfang Juli bis Mitte August gefeiert voll, wobei ein großer Teil unserer Kurorte gar nicht zur Unterbringung all der Fremden fähig wäre, darauf, statt erst gegen Ende August oder Mitte September ein rasches Abflauen des Betriebs. Nun wird man einwenden, daß der Hauptteil der städtischen Familien gar nicht mehr in der Lage sei, diese Sommerferien aufzunehmen, sondern dabei ihren bishigen Erholung suchen müsse. Ganz so schlimm, das beweisen die Kuristen, ist das glücklicherweise wohl doch nicht, wenn man freilich auch wieder mit herzlichem Bedauern an die Zahl der Dabeiungebliebenen denken muß, die auch Verlangen nach blühenden Wiesen und hühen Wäldern hätten. Aber auch im Hinblick auf diese, wenigstens die Jüngeren unter ihnen, muß man es eher beargwöhnen, daß keine Zusammenlegung der deutschen Ferien erfolgen soll. Warum? In frohen Scharen ziehen unsere Jugendlichen hinaus, in Jugendbänden vereinigt oder in kleineren Trupps von guten Freunden, manch Einer, auch manch Eine allein. Sie alle finden freundliche Unterkunft in unseren Jugendherbergen, deren gastliche Tore sich den müden Wanderern in immer größerer Zahl überall da aufstun, wo sie von ganzem Herzen dankbar die Schönheit unseres Heimatlandes auf sich einwirken lassen dürfen. Hin und her über ganz Deutschland schließt sich immer enger der Ring unserer Jugendherbergen; wünderlustig zieht unser Jungvolk aller Stände von Nord nach Süd, von Süd nach Nord. Bei einer Zusammenlegung der Ferien würde auch hier die Abnehmung schon „drangvoll fürchterliche Enge“ mitunter gefährlich werden, so gefährlich, daß statt der begrüßenswerten Annäherung deutscher Stämme, aus Wohnungsnot, statt freundlicher Wechselrede manches kräftige Schimpfwort im Dialekt ertönen dürfte.

Ich glaube wirklich: Nicht nur die Lehrerschaft, sondern auch manch andere haben aus den hier gedruckten Urteilen wirklich ihr Freude, daß alles beim alten bleibt, auch wenn sie sonst nicht weniger als rüchrichtlich sind. Marie Schloß, Königsfeld.

Die Spareinlagen in Baden.

Die Spareinlagen bei den badischen Sparkassen haben sich im Monat Januar 1927 um 8,3 Millionen RM. vermehrt. Nach dem Ergebnis der „Einkaufsstätt“, an der sich von 149 badischen Sparkassen 139 beteiligt haben, betrug der Bestand an reinen Spareinlagen bei diesen Kassen anfangs des Jahres etwa 145 Millionen RM. Ende des Monats Januar 1927 um 153,3 Mill. RM. Schätzungsweise kann errechnet werden, daß die familiären 149 in Betrieb befindlichen öffentlichen Sparkassen am 31. Januar 1927 rund 157,5 Millionen RM. vermarktet haben. In der Höhe der Giro-, Scheck- und Depositionen ist gegenüber dem Vormonat eine Veränderung kaum eingetreten. Der Bestand bei den Sparkassen beläuft sich auf etwa 22,3 Millionen RM.

Der neue Amtsvorstand von Heidelberg.

Wie aus Heidelberg gemeldet wird, ist als Nachfolger des Geheimrats Kiefer für den Posten des Amtsvorstandes in Heidelberg Landrat Georg Wolf in Aussicht genommen. Landrat Wolf ist gebürtiger Heidelberger und steht im 68. Lebensjahre.

Aus den Nachbarländern.

— Ludwigshafen a. Rh., 9. März. (Zähliger Sturz einer Schülerin.) Gestern nachmittag stürzte eine 10 Jahre alte Schülerin von dem Treppenhause ihrer elterlichen Wohnung in den Hof und erlitt einen schweren Schädelbruch. Sie wurde mit dem Rettungswagen in das Städtische Krankenhaus gebracht, wo sie am gleichen Abend starb.

Wovon ist

Benzit-Geife mit dem T

(Deutsches Reichpatent)

Eine auf ganz neuer wissenschaftlicher Grundlage beruhende Haushaltsseife mit Doppelwirkung. Die Benzit-Geife vereinigt das Waschvermögen einer erstklassigen Kernseife mit der hohen, schmutzlösenden Kraft des wasserlöslichen und nicht feuergefährlichen Benzit, welches die Eigenschaft hat, sich mit Seife zu einem neuen Körper — eben der Benzit-Geife — zu verbinden. Infolge dieser Doppelwirkung besitzt die Benzit-Geife eine bisher ungelante Reinigungskraft. Machen Sie einen Versuch — möglichst an einem besonders stark verschmutzten Arbeitskleid, Wäschestück oder dergleichen, oder bei mit Öl, Fett, Leer verschmutzten Händen — und überzeugen Sie sich selbst, wie mühelos und wie vollkommen sich der Schmutz abläßt. Geradezu verblüffend ist die Wirkung der Benzit-Geife, wenn Sie in einer Benzit-Geifen-Lauge Wäsche einweichen und diese die Nacht über darin liegen lassen; am anderen Morgen ist fast aller Schmutz bereits entfernt und in das Wasser übergegangen, man hat nur noch nötig, in der gewohnten Weise kurz nachzuwaschen. Benzit-Geife enthält keine scharfen Bestandteile wie Chlor, Wasserglas, Sauerstoff, ist deshalb auch für die feinste Damenwäsche unschädlich und greift Farben, sofern diese überhaupt Wasser vertragen, nicht im geringsten an. Benzit-Geife ist in den einschlägigen Geschäften zum Preise von 45 Pf. für das 250-g-Handstück zu haben. Die der Benzit-Geife zugrunde liegende absolut neue Idee ist durch Erteilung mehrerer Deutscher Reichpatente anerkannt, sie ist die einzige

Seifenfabrik mit Doppelwirkung: Waschvermögen + Lösungskraft

Ausschließlich Fabrikanten für Baden, Württemberg und die Rheinpfalz: Föll & Schmalz, Bruchsal (Baden). Auskunft über die Benzit-Geife und ihre Wirkung auch durch die Zentralstelle für die Bearbeitung der Benzit-Fabrikate, die Postborn-Alt.-Ges., Berlin 10.

